

Nachtrag vom [12.01.18](#) zum Auszug vom [05.01.18](#) aus dem Buch von Robert Jungk „Der Atom-Staat.“ Viertes Kapitel „Die Eingeschüchterten“. Hier Kapitel 7-9 komplett

Kapitel 7

Solche Vorschriften werden natürlich nicht zufällig erlassen. In der Bundesrepublik sind hier ähnlich zwingende Motive im Spiel wie bei der amerikanischen Atomindustrie. Man ist gezwungen, eine Schweigepflicht durchzusetzen, um Schwächen und Fehlkalkulationen, die das Vertrauen in die Vorhaben des Unternehmens erschüttern könnten, gar nicht erst bekannt werden zu lassen. Auf dem Gebiet der Kerntechnik, die ja in den meisten Fällen nicht auf bereits lange Bewährtes zurückgreifen kann, sondern ihren Geldgebern gegenüber mit Annahmen, Hoffnungen und Wahrscheinlichkeiten operieren muß, gelten psychologische Regeln, wie man sie sonst nur von der Börsenspekulation kennt. Besonders «von innen» kommende, das heißt informierte Kritik ist unbedingt zu verhindern, weil sie besonders glaubhaft ist und bei den Geldgebern Zweifel auslösen könnte, Vertrauensverluste aber bedeuten unter Umständen Einbußen von vielen Millionen Dollar, Pfund, Deutsche Mark, Schweizer oder französischen Franken.

Seine Betreiber reagieren äußerst allergisch auf Kritik, obwohl oder gerade weil er von Anfang an «ein Problemkind» gewesen ist. Sein Hauptpromoter, Professor Häfele, damals Projektleiter am Kernforschungszentrum Karlsruhe, hatte noch 1969 auf einem «Brüter-Hearing» in Bonn verkündet, die Kosten des Prototypkraftwerks SNR 300 würden sich auf 500 Millionen DM belaufen. Knapp vier Jahre später mußte aber diese Schätzung bereits auf das Vierfache hinaufgesetzt werden, nämlich auf 2 Milliarden Mark, und seither spricht man nun sogar schon von 3,5 bis 4 Milliarden Mark. «Hier und jetzt» könne der Brüter gebaut werden, hatte Häfele im Januar 1969 verlauten lassen. Nach Aussage der Fachleute waren aber zu diesem Zeitpunkt noch mindestens achtundzwanzig technische Probleme zu lösen, die einem sicheren Funktionieren im Wege standen.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung protestierte Kurt Rudzinski, es ginge doch nicht länger an, «in der Öffentlichkeit ganz beliebige Ad hoc-Phantasiezahlen und -pläne vorzulegen, um sie wenig später schon wieder durch neue zu ersetzen, die ebenso beliebig sind». Der äußerst versierte Wissenschaftsjournalist scheute sich auch nicht, für diesen «Karlsruher Irrationalismus» Professor Häfele namentlich mitverantwortlich zu machen. Dieser Experte habe «bisher noch keine einzige zutreffende Prognose über die Kosten, die Wirtschaftlichkeit oder die Terminplanung zum Brüterprojekt gestellt», sei «aber nach wie vor hochangesehener Berater des Forschungsministeriums».

Der so herb Angegriffene ging darauf nicht etwa mit sich selbst ins Gericht, sondern verlangte auf einer Sitzung des Karlsruher Institutsleitungsausschusses, es müsse jeder unnachsichtig aus dem Zentrum entfernt werden, der ein Projekt kritisiere. Denn er vermutete, daß die bekannte Zeitung ihre Informationen von beunruhigten Mitarbeitern des Kernforschungszentrums erhalten hatte.

Im Kernforschungszentrum Karlsruhe besteht seit den sechziger Jahren eine «Publikationsordnung», die festlegt, daß Veröffentlichungen, Vorträge oder Gutachten von Mitarbeitern nur dann gestattet werden, wenn zuvor ein Antragsformular in vier Exemplaren (Original weiß, erste Durchschrift gelb, zweite Durchschrift rot, dritte Durchschrift blau) eingereicht wird. Kommt das Formular mit drei «Sichtvermerken» versehen zurück, so bedeutet das für den Antragsteller grünes Licht. Nicht selten aber werden Einwände erhoben oder Publikationsverbote ausgesprochen, oder sogar dann, wenn es sich nur um Stellungnahmen handelt, die der wissenschaftlichen Linie der Geschäftsführung nicht entsprechen. Ich könnte Beispiele dafür nennen, aber ich wurde gebeten, es nicht zu tun, damit den Betroffenen «keine Ungelegenheiten entstehen». Solcher Selbstzensur habe ich mich bisher immer nur dann gebeugt, wenn ich Gesprächspartner in totalitären Ländern zu schützen hatte.[*]



Fußnote [*] Da ich nicht bereit war (und bin) die Namen meiner Informanten preiszugeben, verstieg sich die Geschäftsführung von Karlsruhe, die gebe es gar nicht. Erst nachdem auch andere dieser »nichtexistierenden« Forscher im Vertrauen gesprochen hatten – ein Vorgang, der der Direktion nicht verborgen blieb – hörten diese Verleumdungen auf.

Weil sie davon ausgingen, daß die von der Bundesregierung verkündete Forderung nach «mehr Demokratie» gerade im Wissenschaftsbetrieb Gültigkeit haben sollte, machten einige hervorragende Mitarbeiter des Karlsruher Zentrums im Januar 1973 von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch und wandten sich unter Umgehung des risikoreichen Dienstweges direkt an einen baden-württembergischen SPD-Abgeordneten. Über eine an französischen Forschungsinstituten zirkulierende Version dieses vertraulichen Schreibens sind uns Teile von dessen Inhalt bekannt geworden. Darin heißt es:

«Bei Befolgung dieser Publikationsordnung würde nichts mehr über Fehlleistungen und Fehlentwicklungen aus dem Zentrum nach außen dringen. Eine lebendige Wechselwirkung wissenschaftlichen Lebens im Zentrum mit der übrigen scientific community und der Außenwelt wäre völlig abgewürgt. Verbote von Vorträgen – wie in den Fällen Ritz und Jung – wären verstärkt an der Tagesordnung. Es würde auch bedeuten, daß der VWF (Verband wissenschaftlicher Facharbeiter) sowie die Gewerkschaften und der Betriebsrat keine kritischen Stellungnahmen und Proteste mehr an die Öffentlichkeit gelangen lassen dürfen. Zum Beispiel hält die Geschäftsführung eine Publikation der Kollegen Dr. Jansen und Dr. Stehfest bis jetzt zurück, in der die Umweltverträglichkeit gewisser in der Bundesrepublik bestehender Reaktorplanungen dargelegt wird.»

Ich habe den Ausdruck «Kasernenstil» im Zusammenhang mit einem Forschungszentrum zum erstenmal aus dem Munde in Karlsruhe tätiger Forscher gehört, die ich 1975 auf einer Jahrestagung der «Physikalischen Gesellschaft» in Nürnberg kennenlernte. Die Herren sprachen mich nach einem von mir geleiteten Podiumsgespräch zwischen Bonner Abgeordneten und Physikern an, in dessen Verlauf die Beziehungen zwischen Staat und Wissenschaft diskutiert worden waren. Sie wollten mir an Hand genauer Beispiele vorführen, welche Gefahren die big science mit ihren aufgeblasenen, bürokratischen Institutionen für die freie und kritische Forschung schon heraufbeschwohren habe.

Ihre damaligen Andeutungen, daß im Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Gruppe von Personen den Ton angebe, die einer früher in Deutschland vorherrschenden Geisteshaltung immer noch eng verbunden seien, habe ich später durch weitere Recherchen leider nur allzu bestätigt gefunden.

So erhielt ich in Grenoble am Forschungszentrum Max von Laue-Paul Langevin das Faksimile eines «Vermerks», den ein späterer Geschäftsführer des Zentrums Karlsruhe im Januar 1941 in seiner Eigenschaft als Mitglied der Pariser Militärregierung an den damaligen Polizeibeauftragten gerichtet hatte. Darin regte er an, Pariser Lokalbesitzer sollten ein Schild «Eintritt für Juden verboten» an ihren Türen anbringen. Eben dieser Herr hatte während seiner Tätigkeit in Karlsruhe die Anordnung gegeben – ich zitiere aus dem Schreiben seiner Kollegen –, «bei Ausländern möglichst Blonde aus Schweden und keine vom Balkan einzustellen». Gemeinsam mit Professor X läßt er einen weniger gefügigen Wissenschaftler von einem anderen bespitzeln und «ein Notizbuch über dessen Äußerungen führen ...»

Wie der Nachwuchs in diesem Zentrum gelegentlich «erzogen» wurde, geht aus folgendem, mir anvertrautem Bericht hervor:

«Die Lehrlinge erhalten regelmäßig einen ausbildungsbegleitenden Unterricht durch Ing. Y., der von der Geschäftsführung bzw. der Personalabteilung dazu beauftragt ist. Dieser Ing. Y. habe kürzlich in seinem Unterricht eine SS-Rune an die Wand gemalt und habe gesagt, dieses Zeichen hätte er mal an seinem Rock getragen, und er hätte in dieser Uniform sehr zackig ausgesehen. Herr Y. fährt auch die Lehrlinge an mit: «Bleiben Sie mir drei Schritte vom Leib», verbietet den Lehrlingen, sich während des Unterrichts anzulehnen und verlangt, daß sie mit steifem Rücken sitzen.»

Kapitel 8

Der dringende Appell der gegen befohlenes Schweigen und subalternes Verhalten ankämpfenden Karlsruher Wissenschaftler ging zumindest teilweise ins Leere. Denn auch heute noch bestehen an diesem und anderen deutschen Kernforschungseinrichtungen Zensurauflagen, die nicht allein

durch technische Geheimhaltungsinteressen begründet sind, sondern prinzipiell kritische Stellungnahmen der «Insider» zu Atomfragen unterbinden sollen. Bei einer Pressekonferenz zum Problem der «Schnellen Brüter» am 19. Mai 1977, die im Anschluß an eine Expertendiskussion im Bonner Forschungsministerium stattfand, setzte sich daher SPD-Mitglied Professor Dieter von Ehrenstein dafür ein, daß zu der öffentlichen Debatte über die Zukunft der Atomentwicklung «vor allem auch solche Wissenschaftler hinzuzuziehen seien, die die bisherigen Entscheidungen auf diesem Gebiet kritisiert haben». Zusätzlich machte er dazu zwei Vorschläge: Erstens solle man «durch Bereitstellung einer materiellen Mindestausstattung» kritische Forschungsarbeit solcher Wissenschaftler ermöglichen. Zweitens, so führte er aus, dürften bei dieser wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte «Angehörigen von staatlich finanzierten Forschungsinstituten nicht durch Publikationsanordnungen, die von vielen dieser Institute als Publikationszensuren – und ich sage überspitzt als Maulkorb – ausgelegt werden, eine offene Stellungnahme unmöglich gemacht werden».

Die Mitarbeiter des Kernforschungszentrums Karlsruhe stehen inzwischen sogar unter zweifacher Publikationszensur. Einmal ist das Zentrum durch einen Vertrag mit der Firma «Interatom» verbunden, die eine besonders scharfe und über die Geheimhaltung technischen Wissens hinausgehende Kontrolle der Meinung und des Verhaltens der ihr verbundenen Fachkräfte anstrebt. Zweitens haben nun außerdem seit Juli 1977 die für ihre strengen Informationskontrollen bekannten Instanzen der französischen Atomindustrie auch noch ein Wort mitzureden, das ihnen laut dem neuen Kooperationsvertrag mit den Deutschen zusteht. Sie haben das Recht, jede Publikation eines Institutsmitglieds vorher zu lesen und unter Umständen für Veröffentlichungen zu sperren.

Kapitel 9

Bei der Durchleuchtung dieser Vorgänge in Karlsruhe hat ein hervorragender französischer Physiker eine Schlüsselrolle gespielt, der bis vor kurzem im «Bureau des Mines» (Bergbau-Verwaltung), einem französischen Staatsinstitut, wichtige Forschungen über die Lagerung von Atommüll durchführte. Er war während seiner Anstellung in Karlsruhe denkbar schlecht behandelt worden. 1973 wurde entgegen den Versprechungen, die man ihm gemacht hatte, sein Vertrag durch die Geschäftsführung nicht verlängert.

Diesen Mann – er heißt Dr. Léon Grünbaum – habe ich in seiner Pariser Vorstadtwohnung aufgesucht, weil mir angedeutet worden war, daß er noch mehr und noch Grundsätzlicheres über die Vorgänge in Karlsruhe zu erzählen habe.

In der Tat: Dr. Grünbaum hat eine interessante These über die Entwicklungsgeschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik aufgestellt und durch Nennung von Namen, Fakten und Ereignissen abgestützt. Seiner Ansicht nach ist es kein Zufall, daß Franz Josef Strauß, der bekanntlich Deutschlands erster Atomminister war und am 26. Januar 1955 die Gründungssitzung der deutschen Atomkommission persönlich leitete, zu diesem Aufgabenkreis so auffallend viele Persönlichkeiten heranzog, die bereits im Dritten Reich führende Positionen eingenommen hatten.

Eine These, die es verdient, gehört und debattiert zu werden, zu der ich aber zunächst den Einwand hatte: «Nun ja, man wird sagen – so hat es mir gegenüber einmal ein großindustrieller Mithelfer der braunen Massenmörder formuliert – das seien doch «gefrorene Posthorntöne». Hat ihre Theorie dennoch für die heutige Situation noch eine Bedeutung?»

«Gewiß. Ich meine, es ist doch wohl kein Zufall, daß diese Männer sich gerade so sehr für die Atomindustrie interessiert haben. Sie müssen sich schon zu einem frühen Zeitpunkt gesagt haben, daß hier eine Schlüsselindustrie entsteht, die einmal alle anderen an Machtfülle und Einfluß überflügeln würde. Doch dann kommt vielleicht noch ein anderes Motiv dazu: der Wunsch der Deutschen, auch einmal Atombomben zu haben – oder zumindest die Verfügung über industrielle Kapazitäten, die eine Herstellung der ihnen verbotenen Waffengattung bei Bedarf ermöglichen.»

Ich habe auf diese Spekulationen zunächst einmal mit großer Skepsis reagiert, und ich weiß auch heute noch nicht, ob sie sich als haltbar erweisen. Aber es scheint mir besser, daß man diese nicht unbegründeten Vermutungen endlich offen ausspricht, als sie wie bisher nur gerüchteweise weiterzugeben. Immerhin hat Grünbaum für seine Behauptungen einige Anhaltspunkte: Da sind vor allem die engen Verbindungen zwischen dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und

mehreren totalitär regierten Staaten wie Argentinien, Südafrika und Brasilien zu nennen. Die 1969 in Karlsruhe und Jülich eingerichteten «Internationalen Büros» haben zum Beispiel einen wesentlichen Anteil daran gehabt, daß die wegen ihrer Rassenpolitik weltweit boykottierte Regierung von Pretoria das in Karlsruhe entwickelte Beckersche Trenndüsenverfahren zur Uran-Anreicherung geliefert erhielt. Und daß Brasilien neben Anreicherungsanlagen auch noch eine bei der Firma Hoechst und in Karlsruhe entwickelte Wiederaufarbeitungsanlage (nach dem von Leopold Küchler erfundenen Verfahren) bekommen soll.

Die amerikanische Regierung hat noch 1964 versucht, besonders die Entwicklung eines eigenen deutschen Wiederaufbereitungsverfahrens zu verhindern. Denn sie befürchtete schon damals, daß durch den Bau und die weltweite Verbreitung von Aufarbeitungsanlagen das mit ihrer Hilfe herstellbare Bombenmaterial Plutonium einmal in falsche Hände geraten könnte. Bonn – beraten durch die früheren wirtschaftlichen Helfer Hitlers – hat aber durchgesetzt, daß es diese für die Herstellung von Plutoniumbomben unerlässliche Technologie weiter produzieren und exportieren könne. Mehr noch: durch die Erfindung eines indirekten technischen Kontrollsystems (instrumentierte Spalt- und Flußkontrolle), das in Karlsruhe entwickelt wurde, konnten die deutschen Unterhändler bei den Gesprächen über den Nichtweiterverbreitungsvertrag etwas für sie sehr Wichtiges erreichen: Die ursprünglichen Pläne, die im Rahmen einer internationalen Überwachung ein System direkter Kontrollen vorsahen und damit dem möglichen Mißbrauch von Plutonium vorbeugen wollten, kamen vor allem durch ihre Einwände zu Fall – eingestandenermaßen, weil sie in den deutschen Anlagen keine solche «Schnüffelei» haben wollten. Traf da nicht vielleicht zu, was Werner Heisenberg in seinen 1969 erschienenen Erinnerungen zu bedenken gegeben hatte: «... und ich machte mir Sorgen, ob das in Karlsruhe neu zu errichtende Zentrum für friedliche Atomtechnik sich auf die Dauer dem Zugriff derer würde entziehen können, die so große Mittel lieber für andere Zwecke verwenden wollten. Es beunruhigte mich, daß für die Menschen, die hier die wichtigsten Entscheidungen zu treffen hatten, die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung.»

«Erinnern Sie sich doch, wie das in den zwanziger Jahren gedeichselt wurde!» forderte mich Grünbaum heraus. «Die deutsche Reichswehr durfte damals nach dem Versailler Vertrag nur 100000 Mann haben. Gewisse Waffengattungen waren ihr ganz untersagt. Aber General Seeckt schloß nach der Rapallo-Konferenz einen Geheimvertrag mit den Russen und konnte so in der Sowjetunion deutsche Eliteeinheiten ausbilden. Ich habe präzise Hinweise, daß auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung seit Jahren etwas Ähnliches in Argentinien, Brasilien und Südafrika vor sich geht.»

«Wenn das wirklich stimmt, dann wird man ihnen die Unterlagen abjagen und sie zum Schweigen bringen», sagte ich. «Sie haben vielleicht von Karen Silkwood gehört ...»

Er zeigte auf die Stapel von Briefen, Dokumenten, Fotokopien, Ausschnitten, die Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, die in seinem sonst fast leeren Arbeitszimmer herumlagen: «Was habe ich denn noch zu verlieren? Meine Stelle in Deutschland habe ich verloren, und auf Grund bestimmter Einflüsse jetzt auch meine Arbeit im französischen Staatsinstitut. Meine Frau hat mich vor ein paar Wochen verlassen. Sie versteht nicht, daß ich an nichts anderes mehr denken, an nichts anderem mehr arbeiten kann.»

Im Herbst 1977 bekam ich aus Paris einen Anruf von Yves Lenoir, einem jungen Forscher des «Bureau des Mines», der ehrenamtlich bei den «Amis de la Terre» (Freunde der Erde) arbeitet. «Wir müssen dringend etwas für Léon tun. Er wird verfolgt. Seine Post wird überwacht. Vor ein paar Tagen gab es da eine ganz merkwürdige Geschichte mit seinem Auto. Er hat schon zu viel von dem erzählt, was er weiß. Und noch dazu den falschen Leuten. Die sind doch zu allem fähig!»

Da war er wieder, dieser Satz, den ich erst ein paar Wochen zuvor von Lew Kowarski gehört hatte. Aus dem Munde eines Wissenschaftlers hätte er früher eine ganz andere Bedeutung gehabt. Er wäre Ausdruck der Hoffnung gewesen, daß die Menschen einmal fähig sein könnten, alle Erscheinungen der Natur zu ergründen.

Nun aber deutete dieser Satz auf Vorgänge und Ängste hin, die viele heutige Forscher wie dunkle Schatten begleiten.“